Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 16 (1936-1937)

Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wir müssen uns langsam wieder an den Gedanken gewöhnen, daß Person der Gemeinschaft gegenüber nichts Minderwertiges darsstellt, das Gegenteil ist der Fall, Gemeinschaft ist nur organisierte Personalität, ob sie nun durch das Schaffen der Natur (Familie) oder durch menschliches Ingenium (Staat) hervorgebracht ist.

Aus dem Gesagten möchte man versucht sein zu schließen, in einer Demokratie wie der schweizerischen sei die Gefahr der ausschließlichen Daseins= fürsorge in der Organisation besonders groß. Das braucht jedoch nicht tatsächlich so zu sein, hat doch unser Land je und je Staatsmänner von Format und personaler Tiefe hervorgebracht und wird in dieser Hinsicht auch für die Folge nicht steril geworden sein. Allerdings ist nicht zu leugnen, daß die Einflüsse gewisser politischer Parteien und Organisationen die Geltung der Persönlichkeit auch bei uns stark zurückgedrängt haben und dafür Appa= rat und sonstige unpersönliche Scheinwerte auf den Schild erheben. Die ser bedenklichen Entwicklung muß unbedingt gesteuert werden, wenn wir nicht sicherm Berderben anheimfallen wollen. Wir brauchen gerade in unserm vielgestaltigen Gemeinwesen Männer, Berfonlichkeiten, die etwas Eigenständiges zu vertreten haben und sich ge= trauen, mehr zu sein als bloße Sprachröhren eigennütiger Barteien und Organisationen. Persönlichkeit ist nie notwendiger, als wenn Organisation zu versagen droht, und das ist zur Zeit auch bei uns der Fall.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

um die Richtlinien.

Am 31. Januar findet in Bürich der Parteitag der sozialdemo = fratischen Partei der Schweiz statt, der unter anderem zu den "Richtlinien für ben wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie" Stellung nehmen soll. Diese Richtlinien haben, obwohl die ganze Bewegung sich noch durchaus im Anfangsstadium befindet, bereits ihre interessante Geschichte. Die Koalition, welche am 2. Juni 1935 in der Abstimmung über die Kriseninitiative unterlag, hat nichtsbestoweniger ihre weitgestedten Ziele teinen Augenblick aufgegeben. Es war jene Roalition, die man damals als "Front der Arbeit" bezeichnet hatte, und die außer der Sozialbemokratie und den Gewerkschaften alle jene Gruppen umfaßte, die man, seien sie nun politisch oder fachlich organisiert, als linksbürgerlich zu bezeichnen pflegt. Auch die im Grunde ziemlich offenkundige Niederlage, welche — nehmt alles nur in allem — dieser "Front der Arbeit" bei den Wahlen zum Nationalrat vom 27. Oktober 1935 beschieden war, hat diese Roalition keineswegs gehindert, den Kampf um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Auffassung und damit um die Erfämpfung der politischen Macht weiterzuführen. Man wird sich bei der Betrachtung dieser Gruppenbildung und der aus ihr hervorgegangenen sogenannten "Richtlinienbewegung" nicht darüber täuschen, daß hier ein politisches Machtinstrument geschaffen wurde, und mögen die Glieder der Koalition ihre Bewegung noch so sehr wirtschaftlich verkleiden. Gerade der Bundeserat selbst und seine und der Mehrheit des Parlaments offenkundige Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Dinge zu meistern, hat dieser "Front der Arbeit" die Baffe in die Hand gegeben und ihr das Kleid bereitgelegt, in dem sie sich am ehesten ans sprechend und so mit Erfolg dem Volke vorstellen konnte.

Als am 26. September 1936 die Abwertung des Schweizerfrankens erfolgte, war, wenigstens gesinnungsmäßig, bei dieser Front alles zum Handeln bereit. Und die infolge eigenen Verschuldens von Bundesrat und Parlament einsach notwendig gewordene Abwert ung erleichterte naturgemäß dieser neuen Front die Agitation ganz beträchtlich. In ihrem Sinne arbeiteten schon bei der ersten parlamentarischen Debatte nach dem 26. September verschiedene Anträge, die von vornsherein die Absicht versolgten, die erfolgte Abwertung im Sinne einer inflatorischen Maßnahme auszubauen und so endgültig die bisherige sogenannte "Deslationspolitik", die in Bahrheit überhaupt nie durchgeführt worden war, zu ersehen. Aus diesen Motiven heraus ersolgte der Antrag, den Abwertungsgewinn der Nationalbank zu Eunsten einer großzügigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zu verwenden. Daß die Ablehnung dieses und ähnlicher Anträge ihre Urheber keineswegs absichreckte, auf der einmal eingeschlagenen Linie weiterzusahren, zeigte sich binnen kurzem.

So erfolgte noch im Herbst des Jahres 1936 die Proklamation der Richtstinien. Unter den Parteien und Verbänden aber, die an ihrer Wiege zu ihnen sich bekannten, sehlte bemerkenswerterweise ein sehr teures Haupt; denn vergeblich suchte der interessierte Beobachter unter ihnen die sozialdemokratische Partei der Schweiz. Man blied also dabei, die ganze Angelegenheit vorwiegend wirtschaftlich aufziehen zu lassen; der Grund dafür war eben der, daß man durch die Gewerksichaften einesteils dabei war, anderseits aber politisch vollkommen freie Hand hatte. Hier wurde nun ein ganz offensichtliches Doppelspiel getrieben. Man wird bei diesen Richtlinien nie übersehen, daß ihr vorwiegend politischer Gehalt die Aufrichtung einer schweizerischen Volksfront ist und die Sozialdemokratie hielt sich anfänglich als Partei deswegen im Hintergrund, damit die Bewegung umso unbelasteter mit den in Aussicht genommenen Koalitionsgenossen verhandeln könne.

Inzwischen aber, und befördert durch diese Verhandlungen, die mit verschiesenen bürgerlichen Gruppen mehr oder weniger ersolgreich geführt wurden, kam man dazu, den ursprünglichen Entwurf der Richtlinien in verschiedenen Punkten abzuändern, sodaß diese heute im ganzen ein ziemlich harmloses wirtschaftliches Bild darstellen. Soweit politische Punkte darin zum Ausdruck kommen, handelt es sich mehr oder weniger um Selbstverständlichkeiten, wie die vorbehaltlose Anerskennung der Demokratie, die positive Einstellung zur militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung und die Achtung der religiösen Überzeugung der Bolksgenossen.

Am 12. und 13. Dezember sprach sich in Aarau der sozialdemokratische Parteisvorstand mit allen gegen fünf Stimmen dahin aus, dem kommenden Parteitag die Annahme der Richtlinien zu empsehlen. Unter den fünf Ablehnenden ist in erster Linie die Gruppe um Nationalrat Schneider in Basel zu finden, die in der "Arbeiters Zeitung" von vorneherein den Kampf gegen die vorbehaltslose Anerkennung der Demokratie und der Landesverteidigung ausgenommen hat. Man wird diesen Leuten, so sehr sie sich zu unsern Auffassungen diametral entgegengesetzt einstellen, das Zeugnis der Ehrlichkeit nicht versagen und zudem hat diese eindeutige Stellungsnahme den großen Vorteil, daß man die Gegner sieht und so Gelegenheit hat, sie anzupacken. Weitaus gesährlicher aber ist jene überwiegende Mehrheit der Partei, die zwar den Richtlinien zustimmt, im übrigen aber die Politik der Sozialsdemokratie durchaus ossen lassen will. In diesem Punkt hat Nationalrat Dr. Keldmann mit Recht darauf hingewiesen, daß eine neue Politik sich auf Uns

ehrlichkeit und Zweideutigkeit nicht aufbauen lasse — gerade das aber ist es, was die sührenden Männer der Partei wollen. Sie haben die Gewerkschaften vorgesschickt, um das politische Spiel wirtschaftlich zu drapieren und sie sind bereit, die Partei zu den Richtlinien zu führen, nachdem das Terrain entsprechend vordereitet ist — aber sie werden auf der andern Seite das Spiel Nicole's und seiner Gruppe mit den Kommunisten keineswegs abstellen und möchten gerne, daß ihre bürgerslichen Koalitionsteilhaber das Auge vor diesem Januskopf verschließen und seine Frazen nicht sehen möchten. Soweit allerdings die Bauernheimatbewegung des Herrn Müller und die schweizerischen Angestelltenverbände des Herrn Schmid-Rüedin in Frage kommen, dürste das Spiel gelingen; die übrigen bürgerlichen Gruppen aber, ohne deren mehrheitliche Beteiligung die Richtlinienbewegung niemals die erforderliche Mehrheit zur Portierung eines oder zweier sozialdemokratischer Bunsdesräte erreichen wird — und das ist ja das eigentliche Ziel — haben sich bis heute durchaus geweigert, auf das Spiel hereinzufallen. Man kann nur hossen, daß dies so bleibt!

Jedenfalls wird man den Berlauf des Parteitages vom 31. Januar mit Intersesse beobachten. Wollte die Führerschaft der Sozialdemokratie wirklich eine ehrliche Politik im Sinne einer vorbehaltlosen Stützung der Demokratie und der Landessverteidigung betreiben, so bliebe ihr kein anderer Weg, als das Parteivolk nach erfolgter Zustimmung zu den Richtlinien zum Hinauswurf der Herren Nicole, Schneider und aller derer zu veranlassen, die Russenstiesel tragen oder zum minsdesten die Schlacken der Diktatur des Proletariates noch an den Schuhen haben. Bir zweiseln nicht daran, daß die Herren Alöti und Oprecht dieser Entscheidung ausweichen werden. Sie mögen damit die Masse ihres Parteivolkes vielleicht besruhigen — für das Bürgertum aber wird die so aufrechterhaltene Unklarheit wenigstens völlige Klarheit im Negativen bedeuten. Möchte es dann aber auch die Folgesrungen ziehen!

Die Kommunisten, denen Stalin nachgerade eine gewisse Nase sür poslitische Möglichkeiten und Gesahren angesetzt zu haben scheint, bemühten sich in einem weinerlich-schwülstigen Aufruf, den Parteitag der Sozialdemokraten zur Aufnahme ihrer Partei in die Volksfront zu veranlassen. Die kommunistische Partei habe doch auch ihre Zustimmung zu den Richtlinien gegeben, die Genossen zur Rechten möchten doch ja nicht dem "Block der Mitte" versallen und dem Druck der resormistischen Gewerkschaftsführer erliegen, heißt es in dem tränenreichen Elaborat. Die Sozials demokratie wird auf dieses Geschrei nicht hören, sondern bei ihrer Empsehlung bleiben, die kommunistische Partei möchte den einzigen und einsachsten Weg wählen, nämlich sich selbst auflösen und so die ersehnte Einheitsfront auf vereinsachte Weise herstellen!

So sehr nun auf der einen Seite damit gerechnet werden muß, daß die sozials demokratische Führerspiße im Falle eines Beitrittes zu den Richtlinien die Konsequenzen gegenüber dem linken Flügel der Partei nicht zieht, so besteht anderseits die Möglichkeit, daß die extreme Einstellung der Herren Nicole und Schneider von dieser Seite aus zu einer Parteispaltung führt. Damit würde sich das Bild nach einer u. E. ungünstigen Seite verschieben. Gewiß wäre damit Klarheit geschaffen, aber die Gesahr besteht, daß in diesem Fall der starke reformistische Flügel der Sozialdemokratie, nach Trennung von der revolutionären Gruppe, verschiedenen bürgerlichen Parteien koalitionsfähig erschiene, die bis heute der Richtlinienbewegung ablehnend gegenüberstehen.

Wir meinen dabei nicht die Konservativen. Nach zuverlässigen Informationen kann damit gerechnet werden, daß auch der christlichsoziale Flügel der Partei den Sirenenklängen derer von links nicht erliegen wird. Uns wurde von einer diesem Flügel nahestehenden Seite versichert, daß die Spuren, die die Politik des preußischen (und Reichse) Zentrums zurückgelassen haben, einen tiessischen Schrecken in die Glieder unserer schweizerischen Christlichsozialen gesenkt hätten und es scheint, daß sich ein schweizerischer Stegerwald so bald nicht finden wird.

Anders allerdings steht es beim Freisinn, bessen demokratischer Flügel durch den Anschluß der Verbände um Schmid-Rüedin bereits den Richtlinien vershaftet ist. Zudem ist die Kurslosigkeit auch auf dem rechten Flügel dieser Partei bereits so groß geworden, daß von dieser Seite gefährliche Wendungen zu erswarten sind.

Nicht ganz einsach ist auch die Stellung der bäuerlichen Stamm partei. Ihre politische Position ist durch das Ausscheiden und die konstante und ersolgreiche Agitation der Bauernheimatbewegung doch nicht unerheblich geschwächt und in verschiedenen kantonalen Gruppen kriselt es bedenklich. Zudem zieht die Gruppe des Herrn Schmid-Amman, die inzwischen auf schaffhauserischem Boden die Volksfront in die Prazis umgesetzt hat, mit Macht nach der linken Seite und wer weiß, ob die zweisellos starken gutgesinnten Kräfte in der Partei bei weiterer Schwächung ihrer Organisation sich durchzusetzen vermögen.

Vorerst jedenfalls ist das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages vom 31. Januar abzuwarten. Doch mag nun die Entscheidung nicht nur positiv für die Richtlinien, sondern auch im Sinne einer Absonderung des linken Parteiflügels fallen, so möchte man doch hoffen, daß auch dann die immerhin heute noch starken Vertreter einer bürgerlichen und wirklich vaterländischen Koalitionspolitik in den Reihen des Freisinns und der Bauern die Oberhand behalten. Oder ist man wirkslich verblendet genug, angesichts von Beispielen, deren abschreckende Wirkung eigentslich kaum mehr zu überbieten ist, doch den Weg der Volksfront zu gehen und damit letzten Endes den Keim zu einer Entwicklung zu legen, in deren Verlauf eine Reaktion erkennbar sich erhebt, unter deren Schlägen nicht nur die Volksfront, sondern die schweizerische Demokratie zusammenbrechen müßte?

Bajel, 19. Januar 1937.

Jann b. Sprecher.

Bur politischen Lage.

Intervenierende Nichtintervenienten / Bleibender Status am Mittelmeer. / Die panamerikanische Konferenz.

Es mag da Einer einen ganzen Monat lang Zeitungsberichte über die Nichte ein misch ung der Mächte in den spanischen Bürgerkrieg geslesen haben, so weiß er doch heute sast genau gleich viel wie vorher. In dieser Sache ist es wieder einmal besonders deutlich geworden, wie viel leeres Stroh in den Zeitungen gedroschen wird. Während die Spalten tagtäglich mit langatmigen Besichten über die Nichtintervention gefüllt waren, läßt sich das faktisch Geschehene in einigen wenigen Zeilen zusammenfassen. Alles übrige, was geschrieben wurde, setzt sich aus Vermutungen, Zwischens und Vorurteilen, politischem Klatsch und Prophezeiungen zusammen, die zu ersahren niemals einen Sinn hatte. Über die Welt geht ja immer so sehr auf das Neue aus, daß sie auch Gleichgültigkeiten mit ständiger Gier verschlingt.

Mit der Nichtintervention ist es tatsächlich auch heute noch nicht weit her. So viel davon geredet wird, so wenig wird dasür getan. Uns will fast scheinen, es sei keiner Macht so ganz ernst bei der Sache und jede wolle eigentlich nur die Nichtintervention der andern. Ausnahmslos sind sich England und Frankreich, Deutschland und Italien, ja sogar Rußland darin einig, daß man sich in den spanischen Bürgerkrieg nicht einmischen sollte, aber vorderhand besteht die Beschäftigung eines jeden dieser Nichtinterventionssreunde darin, daß sie nach Noten intervenieren. Es mögen dabei allerlei Gedanken mitspielen: Das Interesse am Obsiegen der Roten oder der Nationalisten, die Aussicht, selber ein Stück Beute einheimsen zu können, die Solidarität der Beltanschauung, die Kriegslust, der

Bunsch, Geschäfte zu machen, das Bedürfnis der Bersorgung Arbeitsloser usw. Das lette Mal war in dieser Rundschau schon die Rede von einer britisch-französischen Aktion gegen die Einmischung der Mächte. Zu Beihnachten hat sich dann eine britische Note — das Nichtinterventionskomitee übergehend — bestimmt gegen die Entsendung von Freiwilligen gewendet. Deutschland und Italien jedoch verbanden in ihren Antworten mit ihrer Bustimmung bas Begehren auf integrale Nichteinmischung, worunter fie auch bas Berbot ber indirekten Ginmischung durch finanzielle Unterstützung und dergleichen verstehen. Von jeher waren überhaupt biese beiben Staaten für eine vollständige Unterbindung jeglicher Silfe eingetreten, und die Erfahrung hat ihnen gegenüber England, welches nur ein Berbot für Rriegsmaterial aufstellen wollte, recht gegeben. Da eine Einigung nicht zustande tam, sondern nur das grundsätliche Einverständnis der Mächte zur Nichtintervention erhältlich war, forderte England diefe auf, in allen Staaten eigene Magnahmen burchzuführen. Prompt hat darauf die frangosische Rammer Mitte Januar einstimmig ein Geset gegen die Teilnahme von Freiwilligen atzeptiert. Es tritt allerdings erft in Rraft, wenn auch die andern Staaten folche Gesetze erlassen haben. So schon also diese Befte ift, so wenig läßt sich damit anfangen, ja trot dieser schönen Gefte hat Frantreich heute noch Tur und Tor offen, um die spanischen Roten zu unterstüten. Je weiter sich aber die Mächte in Spanien bereits engagiert haben, um so schwerer wird ihnen der Rückzug fallen. Unter diesem Gesichtspunkte dürfte jedenfalls ein Rudgängigmachen ber bisherigen Unterstützungen nicht mehr in Betracht kommen; eher dürste noch der englische Plan, rings um Spanien einen Bolizeikordon einzurichten, Erfolg haben, womit bann wenigstens eine weitere Intervention verunmöglicht wäre.

Schon heute besteht rings um Spanien ein Aberwachungsgürtel, bessen gunttionen nicht nur die Rriegführenden selber, sondern auch die intervenierenden "Nichtintervenienten" mit ihren Rriegsschiffen beforgen. Die gegenseitige überwachung hatte bereits zur Kolge, daß der mit Kriegsmaterial beladene deutsche Dampser "Palos" von der spanischen Regierung beschlagnahmt wurde und andererseits die bemonstrierende deutsche Flotte zwei spanische Schiffe aufbrachte, um sie nach einem Ultimatum zu "verwerten". Wie auf dem Meere alles aufeinander lauert, so steben sich im Innern des Landes die Gegner mit ihren helfern aus aller Welt hartnäckig einander gegenüber. Es wird verbiffen gefämpft. Die um Beihnachten von Franco eröffnete Offensive gegen Madrid führte zu keiner Entscheidung; ebensowenig die Schlacht vom 10. Januar, anläglich welcher die Zivilbevölkerung die Hauptstadt räumen mußte. Es scheint, als ob auf Seiten Francos wirklich militärische Schwäche und auf Seite der Roten wirklich eine erhebliche Machtverstärkung vorliege. Unter diesen Umständen geht ber Bürgerfrieg mit ber gewohnten Schrecklichkeit weiter, und niemand mehr magt es fo recht im Ernft, zwischen ben Parteien ben Frieden zu vermitteln.

* *

Um die Jahreswende herrschte in Frankreich große Aufregung. Deutsche Truppen, so hieß es, seien in Spanisch-Marokko an Land gegangen, und hätten sich der Eisenerzgruben im Rif bemächtigt. Außerdem schickten sich die Natio-nalisten an, für die Deutschen dort Kasernen zu bauen. Da wies natürlich Frankreich sosort den französisch-spanischen Vertrag über Marokko vor und betonte, daß Spanien dort keine fremden Truppen zulassen dürfe. Dem französischen Protest stellte Berlin eine Bestreitung gegenüber; es seien keine deutschen "Truppen" in Marokko. Wir können nicht untersuchen, ob bloß "harmlose Ingenieure" aus Deutschland in Marokko Platz genommen haben. Offenbar handelte es sich aber tatsächlich nicht um eine bösartige Handlung, denn kaum hatte Hitler erklärt, daß er keine Verletzung der Unversehrtheit Spaniens beabsichtige, so war die Sache schon wieder gut.

Dieser Borfall zeigt, wie nervöß man in Frankreich geworden ist, seit Deutschland seine Kolonialansprüche geltend macht. Im besonderen aber geht daraus auch hervor, wie fest Frankreich an dem Status quo des Mittelmeeres fest= hält. Eigentlich leben alle die Mittelmeerstaaten in der beständigen Furcht, es könnte fich irgend eine Besitverschiebung ereignen. So gang abwegs find solche Befürchtungen allerdings nicht, benn wenn ein Land wie Spanien berart aus den Jugen geht, so liegt ber Gedanke ziemlich nabe, es möchte sich bieser ober jener ländergierige Nachbar noch ein Stud babon zur Erinnerung holen. Lange Zeit meinte man g. B., daß sich Italien der Balearen-Inseln bemächtigen wolle. Diese Befürchtung ift nun aber zunichte geworben burch bie Zusicherung Italiens gegenüber England, daß ihm eine Berletung der Integrität Spaniens fern liege. Überhaupt sind durch das kurzlich abgeschlossene englisch-italienische Mittelmeerabkommen viele Unklarheiten und Schwierigkeiten behoben worden. Man erinnert fich ja an die gewaltigen Differenzen, welche die beiden Mächte während des abessinischen Rrieges vom letten Sahr bewegten und beinahe zu einem bewaffneten Ronflitt geführt hatten. England fah eben in Italien einen Rivalen aufkommen, ber fich feinem meerebeherrichenden Geifte ungeniert entgegenstellte. Es mußte fich zuerst baran gewöhnen, daß es nicht mehr allein Beherrscher bes Mittelmeeres fei. Durch bas erwähnte Mittelmeerabkommen hat es nun faktisch auf seine Bormachtstellung im Mittelmeer verzichtet und sich Italien im Range gleichgestellt. Die Parteien versprechen sich gegenseitig die Freiheit ihrer Bewegungen im Mittelmeer, erklären in territorialer hinsicht den Status quo beibehalten zu wollen und die beidseitigen Rechte zu achten. Als die Welt diese Einigung vernahm, atmete sie wieder etwas auf, weil bamit ein mutiger Schritt jum Frieden getan worden ift.

* *

Un der panamerikanischen Ronferenz, zu der am 1. Dezember des letten Jahres die Bertreter der 21 amerikanischen Republiken in Buenos Aires zusammentraten, hat auch der neugewählte Präsident der Bereinigten Staaten, Franklin Roosevelt, teilgenommen. Er ist der Schöpfer und Träger einer neuen Politik ber nordamerikanischen Union. Hatte diese bis anhin der Monroedoktrin von der eigenen "Haus"-Politik Amerikas und einem gewissen Imperialismus gehuldigt, jo bekannte sich Roosevelt seit seinem Amtsantritt zu einer "Politik des guten Nachbarn", welcher den andern achtet und die Berträge respektiert. Das Thema ber Eröffnungsrede bes Brafidenten lautete dahin, man muffe den Frieden in einen Dauerzustand verwandeln durch wirksame Magnahmen gegen die Wiederkehr des Krieges. Im Gegensat zu den ständigen Angriffen Sitlers und Mussolinis auf die demokratische Staatsform bezeichnete er die Stärkung des demokratischen Gedankens in der Welt als das sicherste und wirksamste Mittel gegen den Krieg, und sparte seinerseits nicht mit Bemängelungen ber Diktaturen und ihres Kriegsgeistes. Die Konferenz hat dann auch drei Abkommen unterzeichnet: Zwei davon regeln die Friedenssicherungen durch gemeinsame Beratungen, das dritte bezeichnet jede dirette ober indirette fremde Einmischung in die Angelegenheiten eines amerikanischen Staates als eine Bedrohung aller. Die Vereinigten Staaten haben damit ihren Borherrichaftsanspruch endlich preisgegeben. Allerdings hatten sie gehofft, daß es möglich sein werde, eine Art amerikanischen Bölkerbundes zu schaffen. Allein Argentinien und andere Bölkerbundsstaaten zeigten sich ihrer Bindung an Genf bewußt. Sie gingen deshalb bas Berbot jeder Waffen- und Nahrungsmittelzufuhr und jeder Rreditgemährung an friegführende Machte nicht ein, sondern forgten bafür, daß jeder Staat die lette Entschließung selber treffen könne. In Buenos Aires ist bemnach wohl eine weitgehende Friedenssicherung, nicht aber eine politische Abschließung Amerikas von der übrigen Welt zustande gekommen.

Bülach, am 20. Januar 1937.

Französischer Brief.

Das alte Jahr schloß und das neue begann in Frankreich mit einer opt is mistischen Note. Der erneut "rollende" Franken, die verstärkten Eßs und Trinkgelage an den beiden "Réveillons", Weihnachten und Sylvester, der ganze ungewöhnliche Trubel im Berlause des "Zuckerbäckersriedens" hatte in weiten Kreisen eine zuversichtliche Stimmung erzeugt, die natürlich in den Neusahrstagsansprachen der Minister ihren Niederschlag sand. Die regierungsfreundliche Presse veröffentslichte Ziffern, aus denen hervorgehen soll, daß die Wirtschaft angehirbelt, die Krise zu Ende, die "reprise" zur Tatsache geworden sei. Wenig sehlt, und wir sind zu der vielverspotteten "Prospérité" André Tardieus zurückgekehrt. Wohl meinte der Winisterpräsident Léon Blum einschränkend, die Regierung habe einen Wechsel auf die Zukunft gezogen: aber Wechsel sind so gut wie Bargeld, wenn über deren Einslösung kein Zweisel besteht. Eben diese Zweisel suchen die veröffentlichten "Prosperistätsziffern" zu zerstreuen. Geben wir ein paar Stichproben:

Die Gesamteinnahmen der französischen Eisenbahnen erreichten in der letten Dezemberwoche 206 163 000 Franken, 35 428 000 Franken mehr als in ber gleichen Woche des Vorjahres; an diesem Mehr sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr mit 10 444 000 Franken oder 19,51 %, die Einnahmen aus dem Güterverkehr mit 24 984 000 Franken oder 21,31 % beteiligt. Die Durchschnittseinnahme pro Kilometer betrug in der 52. Woche 1936 4847 Franken, gegen nur 4015 Franken in der entsprechenden Woche 1935. Durch dieses Mehr, das seit fünf Monaten steigende Ziffern aufweist, konnte zum ersten Mal seit 1928 verhindert werden, bag der Rehlbetrag ber frangofischen Ginnahmen ft arter war als jeweils im Borjahr; während bas Gesamtbefizit ber frangösischen Nege heute bie gewaltige Summe von 33 Milliarden Franken erreicht, bezifferte sich der Fehlbetrag für 1935 auf 4 Milliarden 400 Millionen, und für 1936 auf "bloß" 4 Milliarden 250 Millionen. - Der Gesamtinder der frangosischen Erzeugung stieg von August bis Rovember um 7 v. H. Die Produktion von Gugeisen erhöhte sich um 19 v. H., die von Stahl um 22 v. H., die der Automobile um 32 v. H. Am 9. Januar 1937 betrug die Gesamtziffer ber von öffentlichen Rassen unterstütten Arbeitelosen 420 500, gegen 462 700 an dem gleichen Tage des Borjahrs; also eine Abnahme von rund 42 800 ober 9,2 %. Die Zahl der geförderten Eisenbahnwagen ist um mehrere Prozent höher als im Dezember 1935, die Umsatziffern sind stark im Ansteigen, bie Warenhäuser machen "Bombengeschäfte" und haben den Ausfall durch die verlängerte Streikbewegung im Juni/Juli längst eingeholt. Rurz und gut: es weht eine andere Luft über ganz Frankreich, neues Leben ist an die Stelle des früheren Marasmus, der allgemeinen, fortschreitenden Lähmung getreten.

Das ist die eine Seite der Medaille. Hören wir nun die Kritiker, die bei weitem nicht alle außerhalb der "Volksfront" stehen.

Der "rollende Franken" wird von ihnen nicht geleugnet, ebensowenig die "Reprise", und am allerwenigsten die "Orgien" an den Festtagen, die übrigens von den Sozialisten und Kommunisten nicht scharf genug gegeißelt werden konnten, als die Gegenpartei am Ruder war. ("Orgien" sind das Bergnügen der and ern, sagt irgend ein Spötter.) Die einzige Frage, die man sich ehrlicherweise bei alles dem stellen muß, ist die: Welchen Charakter trägt diese scheindare oder tatsächsliche Neubelebung der französischen Wirtschaft? Der "rollende Franken" kann nämslich sehr wohl ein Beweis dasür sein, daß man kein Vertrauen in die Zukunst hat; bei der bekannten Denkweise der Franzosen liegt dieser Schluß sogar viel näher als irgend ein anderer. Es ist immer ein übles Zeichen, wenn der Franzose leichtssinnig Geld ausgibt; denn die Sparsamkeit ist ihm sozusagen zur zweiten Natur gesworden. Verleugnet er dieses zweite Ich, so müssen dasür ganz schwerwiegende Gründe vorhanden sein. Rurz und gut: Man sürchtet eine zweite Durchschnittss

franzose "Orgien", darum legt er sein Geld in Berbrauchswerten an wie Chamspagner, Truthühner, Bonbonnieren und bergleichen. Der Kaufmann weiß, daß Preissteigerungen vor der Türe stehen und beckt sich ein, soviel ihm seine slüssigen Mittel gestatten. Der Rentner zieht zum ersten Mal in seinem Leben Sachwerte vor und kauft, was zu kausen ist. Wir brauchen die Vorgänge nicht weiter zu besichreiben. Sie sind aus allen Inflationsländern bekannt. Eine "versteckte Panik" ist sicherlich das Gegenteil von "Ankurbelung" und wirtschaftlicher Neubelebung.

Die Devalvation erweist sich in Frankreich als ein Fehlschlag, weil die erwarteten gunftigen Folgen ausgeblieben find: Sausse der Grofhanbelspreise bei gleichzeitiger Stabilisierung ber Rleinhandelspreise, so daß eine genügende Gewinnspanne bleibt, die ber gesamten Wirtichaft einen neuen Untrieb gibt und bie Ausfuhr fördert; frische Rapitalien fliegen herbei, der Unternehmungsgeist erwacht, ber Rredit taut auf, eine Belle bes Bertrauens geht über das ganze Land. Bon allebem ist in Frankreich zurzeit noch nichts ober boch nur sehr wenig — und bas Benige ift recht zweideutiger Natur - ju fpuren. Die Grunbe bafur find oft genug dargetan worden, wir brauchen nicht weiter barauf zurudzukommen: fie find ebensosehr politischer wie finanzieller, sozialer und wirtschaftlicher Natur, und aufs engfte mit bem gegenwärtigen Bolksfrontkurs verbunden. Auf einer Affische, die nach dem Stabilisierungsgeset alle Mauern Frankreichs bedeckte und die Unterichriften bes Wirtschaftsministers Charles Spinaffe und bes Innenministers Marr Dormon trug, konnte man bie bezeichnenden Sate lesen: "Das Bahrungsgesetz vom 1. Ottober wird der Beginn eines Zeitalters des Wohlstands und des wirtschaftlichen Aufschwungs bezeichnen; aber nur dann, wenn die Breise verhältnismäßig ft a bil bleiben. Es gibt übrigens feinerlei Brunde bafur, baß fie es nicht bleiben!"

Drei Monate später mußte der gleiche Birtichaftsminister Spinaffe zugeben, daß die Kleinhandelspreise um 20 v. H. gestiegen sind; mit anderen Worten, der Reallohn des französischen Arbeiters ist seit der Abwertung um 20 v. H. gesunken, und es eröffnet sich nunmehr ber "infernalische Kreislauf", wo die Löhne immer hinter der Preissteigerung her find. Es fann in einem Abwertungs- und Inflationsland keine größere Gefahr geben als eben diese: sie führt notgedrungen zu neuen Währungserperimenten und schließlich zum Ruin, wenn nicht rechtzeitig Salt geboten wird. Der Wirtschaftsminister Spinasse ift febr optimistisch, wenn er sagt: Natürlich müssen nunmehr die Löhne wiederum ausgebessert werden. Aber die Lebenshaltung wird sich noch weiter verteuern; eine neue Lohnerhöhung wird die Folge sein. "Der Abstand zwischen ben Breisen und ben Löhnen wird immer kleiner, bis er schließlich ganz verschwindet; dann ist die endgültige Angleichung vollzogen." Die Erfahrung in allen Ländern hat gezeigt, daß die Entwicklung gang anders ift. In dem Wettlauf zwischen ben Löhnen und den Preisen geht es genau jo wie bei ben Tieren bes griechischen Bhilosophen: die einen laufen immer schneller, da sie durch die anderen fortwährend getrieben werden. Um den Abstand nach Möglichkeit zu verringern, forbern die frangofischen Arbeiterverbande seit langerer Beit die gleitende Lohnikala, die erfahrungsgemäß den denkbar stärksten Untrieb zu fortwährenden Preiserhöhungen darftellt. Der jozialistische "Populaire" erklärt, sämtliche Statistiken über die Preisentwicklung und die Lebenskosten seien falich, fie mußten durch neue Berechnungen erfett werden. Die Arbeiterverbande der Barifer Region, die am 5. Februar zu einem Kongreß zusammentreten, werden wahrscheinlich die Forderung aufstellen, daß "fämtliche Löhne in der Privatindustrie, im Sandel und Berkehr, fämtliche Behälter und Bezüge ber Beamten und Angestellten um 20 v. H. erhöht werben". Es fragt sich nun, wie diese neue, schwere Belastung für die französische Wirtschaft tragbar gestaltet werden kann? Der Wirtichaftsminister Spinasse meint zuversichtlich: bie übrigen "Elemente" ber Gestehungsfosten außer den Löhnen sollen verringert werden. Daran haben die frangösischen Erzeuger gewiß selber ichon gedacht; die "Rationalisierung" ist sicherlich keine Ersindung des Ministers Spinasse. Bielleicht aber meint es herr Spinasse ganz anders, wie aus den Schlußsähen seiner letten Rede hervorzugehen scheint: "Die wiederhergestellte Prosperität wird dem Lande Vertrauen in uns geben und das Prestige der Diktaturen vernichten. Der Weg wird dann frei fein, wir konnen weiterschreiten — dem Sozialismus zu!" Diese Taktik, das kapitalistische Wirtschaftsspftem neu zu beleben, um es besto sicherer vernichten zu können, bezeichnete ber Gewerkschaftsführer Leon Jouhaur einmal fo: "Wir wollen bas kapitalistische Huhn rupfen, ohne daß es schreit." Borausgesett, daß das Huhn überhaupt noch Febern besitt. Denn dag es mit der "Prosperität" noch recht gute Weile hat, weiß niemand besser als die Frangosen selber. Den "optimistischen Ziffern" der Minister können nämlich ebensoviele pessimistische Ziffern entgegengesetzt werden. Die Kohlenförderung zum Beispiel betrug im Oktober 1936 noch 4,3 Millionen Tonnen und sank im November (Einführung der 38-Stundenwoche) auf 3,5 Miss. To., gegen 4,1 Mill. To. im November 1935. Troß der wirklichen oder angeblichen Produktionssteigerung, trot ber Ginführung ber Bierzigstundenwoche steigt die Arbeitslosenzisser in Frankreich seit November ziemlich regelmäßig: am 28. November betrug fie 407 830, am 12. Dezember 408 450, am 26. Dezember 410 785, am 2. 3a= nuar 413 450, am 9. Januar 420 500 und am 16. Januar 424 700. Wenn der Fehl= betrag der Gisenbahnen für das Jahr 1934 auf 41/4 Milliarden herabgemindert werden konnte, se ift das Defigit für 1937 mit der Rekordsumme von 6 Milliarden 400 Millionen in Rechnung gestellt, wegen ber Ginführung ber Vierzigstundenwoche.

Die tatsächliche Lage in Frankreich ist, wie nach diesem Für und Wider betont sei, ziemlich undurch sichtig. Ein abschließendes Urteil erscheint jedenfalls noch nicht möglich. "Die Krise ist tot!" behauptet ber ehemalige Minister Bonnet, ber eben zum außerordentlichen Botschafter Frankreichs in den Vereinigten Staaten ernannt wurde; er knupft baran allerdings, was Frankreich angeht, die breifache Bedingung: Ordnung im Innern, Frieden nach Außen und das Ende der Spekulation. Es gibt andere Leute genug, die genau das Gegenteil meinen: die Lage Frankreichs sei schlimmer denn je. So etwa erklärt der hervorragende belgische Sach= verständige Prosessor Baubhuin: Das heutige Frankreich gehe dem Abgrund entgegen, es werde sich zwar wieder emporringen, denn kein großes Bolk verübe Selbstmord; doch nur um den Preis größter Opfer. — Die Wahrheit liegt ohne Zweifel in der Mitte. Frankreich zieht Rugen aus der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entspannung, das Experiment Blum fällt in eine gunftige Zeit, und die Fehlernte bes letten Jahres bewirkte die so bringend notwendige Sanierung des Getreide- und Beinmarkts. Wenn auf dem Weltmarkt die hauptfächlichen Preise für Rohstoffe folgende Aufwärtsbewegung zeigen: Getreibe von 25 auf 52 Schilling, Kakao von 42 auf 67 Schilling, Wolle von 19 auf 30 Schilling, Kautschuk von 2,4 auf 10,7 Schilling, Kupfer von 28 auf 48 Schilling, Eisen von 58 auf 77 Schilling, Blei von 12 auf 29 Schilling, so erscheint eine wirtschaftliche "Ankurbelung" auch auf bem innern Markt wesentlich erleichtert. Allerdings besteht dann auch die Befahr, daß man nach einem alten französischen Spruch "Blasen mit Laternen verwechselt", das heißt, durch äußere Einflüsse ganz grob in den Jrrtum geführt wird. Bon bleibendem, nationalen Wert kann nur die Besserung sein, die man durch geeignete Magnahmen selber bewirkt, denn wie des Einzelnen Glück, so muß auch bas Glück der Bölker von ihnen selber geschmiedet werden. Die Volksfrontblätter weisen gerne auf das englische Lob hin, das in den letten Wochen tatsächlich nicht gefehlt hat. Nur scheint diese Anerkennung den Beigeschmack einer größeren Finanzoperation zu haben, die demnächst auf dem Londoner Markt unter= nommen werden foll; nach französischen Blättern soll die Anleihe 100 Millionen Pfund betragen.

Damit kommen wir zu dem wundesten Punkt: der französischen Finanz = lage. Professor Jèze, der sicherlich nicht zu den sabotierenden "200 Familien" gehört, fällt darüber ein vernichtendes Urteil, indem er schreibt: "Seit dem Monat

Juni sind die frangösischen Kinangen von Bisionären geführt worden, die das Defizit zur Grundlage ihrer Politit gemacht haben. Der "bourrage de crane", bie Schönfärberei und wissentliche Frreführung ber Massen, ift zu einer nationalen Einrichtung erhoben; sie arbeitet ununterbrochen durch ben täglichen Runbfunt. burch offiziöse und offizielle Verlautbarungen, burch Ministerreden und so weiter." Bwar konnte bas Bubget rechtzeitig verabschiebet werden; aber jedermann ift sich darüber einig, daß ein solcher Voranschlag kaum noch den Namen eines geordneten haushalts verdient. Die ironische Aritik Undre Tardieus erscheint nicht fehr übertrieben: "Bon allen Budgets, die Frankreich in Friedenszeiten gekannt hat, weist dieses den größten Fehlbetrag auf: beträgt er doch 80 % des Gesamthaushalts! Die Rammer bewilligte 48 Milliarden Steuern in drei Stunden, macht 266 Millionen in der Minute. Die Ausgaben von neun Ministerien wurden in drei Sigungen verabschiedet; wo bleibt da die ehedem von Léon Blum in so schönen Artikeln geforderte "parlamentarische Kontrolle"? Man hörte sogar von einem Minister, dessen Ressorthaushalt bewilligt wurde, mahrend er in der "Buvette" ber Kammer weilte; als er spornstreichs herbeieilte, war alles schon erledigt. . " Man kennt die großen Nöte bes französischen Schatamts, bas in ber Hauptsache jur Bestreitung seiner Ausgaben auf die Banque de France angewiesen ift, bas heißt auf die kaum verhüllte Inflation. Am 4. Dezember 1936 betrug der Posten in der Bilang des Instituts, der die Bezeichnung ,,unverzinsliche Borichuffe an den Staat" trägt, erst 700 000 000; am 8. Jan. waren es 6 750 000 000, am 15 Jan. 7 300 000 000. Rechnet man die verschiedenen Posten "Guthaben der Bant zu Lasten bes Staates" zusammen, jo erhält man ben Betrag von 28 000 000 000; dabei find bie in bir eft en Staatsschulden bei ber Bank, Rediskontierungen und Borschüsse auf Staatspapiere nicht eingerechnet. Ein "Regent" ber Banque be France, Lemaigre-Dubreuil, meint sogar, die "Decke" der Borschusse an den Staat sei durchstoßen, wie einst unter Herriot; außerdem sei es heute soweit gekommen, daß nicht mehr das Bublitum, sondern die Bant die staatlichen Schatbonds zeichnet oder erneuert. Jedenfalls ist gegenwärtig nicht abzusehen, auf welche Weise sich bas französische Schahamt die im Laufe des Jahres benötigten 30 ober 35 Milliarden beschaffen kann: benn die Steuereingänge konnen im besten Fall die regelrechten Ausgaben beden. Eine kurzfristige Anleihe in London erscheint sehr wohl möglich, wenn sie, wie die Vorschüsse im Februar 1936, durch bas Gold ber Bank von Frankreich garantiert wird: "Solange unser Gold reicht, haben wir Kredit!" schrieb ein Blatt mit zornigem humor. Die Februarvorschüffe mußten tatfächlich in Goldbarren abgebeckt werden; aber folche Operationen gehören zu benen, die selbst von der Banque de France nicht allzuoft wiederholt werden durfen. Man barf nicht vergessen, daß die Berteidigung des Poincarefrankens im Jahre 1935 bereits 16 Milliarden Gold gekostet hat, und daß in den neun ersten Monaten bes Sahres 1936, also bis jum Frankensturg, weitere 16 Milliarden abgegeben werden mußten. Um 25. September verfügte die Bank noch über 50 Milliarben "alte" Franken in Gold, und es hieß bamals, aus Gründen ber nationalen Berteibigung habe ber Rriegsminister Dalabier erklärt, ber Goldbestand Frankreichs durfe nicht unter diesen Betrag sinken. Nun aber kommt der Kinanzsachverständige des "Temps", Freberic Jenny, auf Grund eingehender Studien zu bem Ergebnis, daß die Bank trot der Abwertung von Ottober bis Ende Dezember eher Gold eingebüßt hat, so daß die Reller in der Rue de la Brillière heute nicht einmal mehr jenen Mindestbetrag bergen; man weiß, daß über die Sohe des "Stabilisierungsfonds" keinerlei Ziffern veröffentlicht werden, die Finanzleute daher auf Berechnungen und Rudichluffe angewiesen find.

In der französischen Innenpolitik seit bem "Zuckerbäckerfrieden" vershältnismäßige Ruhe eingekehrt, so daß sich die verschiedenen Minister, Léon Blum an der Spize, ein paar Tage sonnigen Urlaub gönnen konnten. Seit der Beendigung bes langen und wechselvollen Metallarbeiterstreiks im Norden — man erlebte im

Anschluß daran zum ersten Mal einen "Ingenieurstreik" — ist die Ausstandsbewegung sozusagen völlig zum Stillstand gekommen; es gibt heute in ganz Frankreich kaum noch 3000 Streikende, weniger als in "normalen" Zeiten. Ohne Zweifel hat neben ber allgemeinen Streikmüdigkeit das neue obligatorische Schiedsverfahren zu diesem Arbeitsfrieden in starkem Maße beigetragen; aber auch die besondere Lage der politischen Parteien ist dabei gewiß nicht "unschuldig". Wir denken vor allem an die Rommuniften, die aus verschiedenen Gründen alles Interesse daran haben, sich so "national" wie nur möglich zu gebärden und jede Agitation zu vermeiden. Seit der "Rraftprobe" im Dezember, wo durch ihre Enthaltung bei ber Abstimmung über bie Neutralität Frankreichs dem spanischen Bürgerkrieg gegenüber das Bolksfrontkabinett beinahe gestürzt wurde, geht ihr Ginflug bei den breiten Massen sichtlich zurud; wer hatte es je für möglich gehalten, daß sie dem Berbot der Freiwilligenwerbung für den "Frente popular" je zustimmen würden, welches babei auch ihre Sintergebanken sein mögen? Es hängt bamit bie Tatsache zusammen, daß das ruffische Sowjetparadies gegenwärtig, um mit Rabelais zu reben, eine boje Biertelftunde erlebt: Gin Begeifterter nach bem andern reift nach Mostau, sieht sich im Paradiese um — und kommt als schwer Enttäuschter zurud. Nach André Gibe der "proletarische Dichter" Céline. Nach dem nordfranzösischen Grubenarbeiter Legan, dem man das Reden verboten hat, der "Ramerad" Dvon. So zwar, daß es in einem Sigungsbericht des Comité exécutif, verfaßt vom tommunistischen Generalsekretar Thorez, wortlich heißt: "Bahlreiche Delegationen sind aus Rugland zurudgetehrt und schiden sich an, Konferenzen abzuhalten, um ben Rameraden ihre Eindrücke mitzuteilen. Wir hören aus diesen Ronferenzen eine herbe Aritik gegen die Sowjets. Wir haben daher in aller Gile den Exekutiv= ausschuß ber Partei einberufen, um die Konferenzen zu unterdrücken. Der Ausschuß hat Sekretäre bezeichnet, die in den verschiedenen Regionen Frankreichs ein Resumé der Studienreisen verbreiten sollen. Die Pariser Region nahm diesen Entscheid gehorsam an, aber in gewissen Provinzkreisen ist die Unzufriedenheit groß, und die Sekretäre selber broben mit Demission. . . "

Dieser kurze Text spricht Bande. Der französische Arbeiter hört zum ersten Mal von seinesgleichen, mas ichon der englische Gewerkschaftsführer Citrine nach seiner Rußlandreise sagte: Daß der Sowjetarbeiter zum mindesten ebenso "rechtlos" ift wie sein Ramerad unter dem kapitalistischen Regime, und daß sein Lebens= standard unter dem eines englischen oder französischen Arbeitslosen liegt. Mit dem "gelobten Land" ist es also zu Ende. Daher verhalten sich die kommu= nistischen Parteipolitiker in Frankreich gegenwärtig so still, baber werden sie fo "national", baher geht in ber "Humanite" von der "wahren Beimat aller Proletarier" keine Rede mehr. In diesen Tagen findet übrigens ein kommunistischer Landeskongreß ftatt, auf bem die kritische Lage geprüft werden foll; man erwartet neue Parolen aus Mostau, und wichtige Entscheidungen über die zukunftige Parteitaktik in ber frangösischen Innenpolitik. Der Ministerpräsident Leon Blum hat sich burch sein Wort, er werbe nicht gegen die Rommunisten regieren, die Sande gebunden: damals stellten die Kommunisten tatsächlich die lebendige, treibende Kraft in der Volksfront dar, die ohne sie nicht denkbar war. Heute hat sich die Lage wesentlich geändert. Alle Teilwahlen beweisen, daß die Kommunisten in Frankreich stark an Boden verlieren. Ihre Macht ist die der Bolksfront. Gine Abspaltung würde ihre Ohnmacht sofort offenbaren.

Die Krisis hat übrigens auch auf die Sozialisten übergegriffen, wie die Ersahwahl in Lapalisse bewies. Dort unterlag bei den Maiwahlen der ehemalige radikale Minister Lamoureux einem sozialistischen Bewerber namens Barbier; Lamoureux zog sich der Volksfrontparole getreu in der Stichwahl zurück. Vor einiger Zeit reichte Barbier seine Entlassung ein, und an seine Stelle trat der Sozialist Rücklin. Diesmal gewann Lamoureux einen kleinen Vorsprung, so daß sich im zweiten Wahlgang alle Volksfrontstimmen auf seinen Namen hätten vereinigen

muffen. So bestimmte auch die C. A. P., die zentrale sozialistische Parteiinstang. Aber die sozialistische Ortsgruppe war mit diesem Entscheid nicht einverstanden. Der ehemalige Doumergue-Minister Lamoureux erschien ihr nicht zuverlässig genug, und sie stellte für die Stichwahl einen anderen sozialistischen Kandidaten auf namens Desormière. Mit den Radikalen stimmte die gesamte Rechte und ein kleiner Teil der Sozialisten für Lamoureux, der als Sieger hervorging: der Riß zwischen der sozialistischen Parteileitung und ben "Militanten" in der Proving erschien offenfundig. - 3m "Bopulaire" felber, fowie in einer oppositionellen Wochenschrift, "La Bague", bekämpft der linkssozialistische Flügel unter der Führung von Mar = ceau Pivert die gesamte innere und äußere Politik des Rabinetts Blum. Es sind die "Jungtürken" des Sozialismus, die nichts von Rustungen, von Imperialismus und "Union facrée" wissen wollen. Sie predigen ben Rlaffenkampf und fordern ben "Kameraden Blum" auf, entweder eine "proletarische" Regierungspolitik zu treiben ober abzudanken. Diese revolutionare Richtung im französischen Sozialismus stüßt sich im wesentlichen auf Gewerkschafts- und Beamtenkreise. Wir wollen ihre Bedeutung nicht überschäten, doch trägt fie gewiß nicht zur Stärfung der Boltsfront bei.

Schließen wir mit einem kurzen Blick auf die französische Außenpolitik, in beren Mittelpunkt nach wie vor das alles beherrschende fpanisch e Problem steht. Die dauernden Gesetze der frangosischen Sicherheit und Weltmachtstellung zwingen zur striften Reutralität. Denn wie immer die Bürfel in der unglücklichen Halbinsel fallen mögen — Frankreich ist auf die Freundschaft der dortigen Machthaber angewiesen, hießen sie Franco ober Caballero: ein spanischer Sowjetstaat erscheint übrigens den französischen Interessen ebenso zuwider wie eine ausgesprochene fascistische Diktatur. Um den einen wie die andere zu vermeiben, gibt es nur einen Beg, den der Richteinmischung. Regierung und Rammer sind ihn bis jeht gegangen, trot ber gewaltigen innerpolitischen Widerstände. So hat sich auch die lebensnotwendige Solidarität mit England aufrecht erhalten laffen, obschon das Einzelgängertum des Londoner Rabinetts in der Freiwilligen = frage in Paris viel böses Blut erzeugt hat. Immerhin konnte in dieser Angelegenheit das Rabinett Blum einen Kammersieg mit 591:0 verzeichnen, und im sozialistischen "Populaire" erschien über sieben Spalten eine zentimeterhohe Schlagzeile: "Die Rammer hat für ben Frieden gestimmt." Der "Temps" schrieb, in der ganzen Nichteinmischungsfrage sei bis jest viel offizielle Seuch e-Iei getrieben worden, aber biese Seuchelei sei wohl nötig gewesen zur Erhaltung bes Friedens. Man könnte antworten, um einen Frieden, der nur durch Heuchelei gesichert werden könne, sei es gewiß nicht zum Besten bestellt, und es ware doch wohl zu munichen, die Heuchelei möchte allseitig aushören. Daß dies trot des Rammerentscheids nicht der Fall sein wizd, erhellt aus einem Bericht der kommunistischen "humanite" über die Rede des Generalsekreturs der C. G. T., Leon Fouhaux, auf der "Internationalen Konferenz zur Hilfeleistung für das republikanische Spanien" zwei Tage nach der Kammerabstimmung: "Eine demonstrative Aftion bes frangofischen Bolfes, bas seinen spanischen Brudern zu Silfe kommen will, muß auf breiter Grundlage organisiert werden," rief Jouhaux aus. "Dies wird den Reaktionären zeigen, daß die Mehrheit der Frangosen den Triumpf der spanischen Republik will. Alle Demokraten Frankreichs mussen sich zum Siege ber spanischen Republikaner vereinigen. Der Sieg bes Frente Popular ist unser Sieg!" Nachher sprach die "Madrecita", wohl die pathetische Nachfolgerin der toten "Pasionaria", und die Konferenz ging im gleichen Tone weiter: wo ist da bei ben treibenden Kräften der Volksfront der Wille zur Neutralität?

Nicht minder groß sind die Schwierigkeiten, die sich der allgemeinen Außenspolitik der Regierung Blum entgegenstellen. So etwa schuf der dreitägige Alarm vom 8., 9. und 10. Januar wohl eine der gefährlichsten Situationen, die man seit dem Ruhrkampf in Europa erlebt hat. "Ich fühlte deutlich den Flügels

schlag bes Krieges!" erklärte ber sozialistische Abgeordnete Frossard in den Wandelgängen der Kammer. Wo sitzen die Urheber dieser ungeheuerlichen Pressekampagne? Aus welcher geheimen Zentrale stammten alle jene Hodsposten? Warum wurde dem ganzen Feldzug nicht gleich Einhalt geboten? "Ich will eine Antwort auf diese Fragen," rief Frossard aus, "denn ich habe einen Sohn unter den Fahnen!" Dem Kriegsminister Daladier, der eben vorbeiging, soll dabei das Wort entschlüpst sein: "Voyez Moscou!" So wie man bei rätselhaften menschlichen Berwickslungen zu sagen pslegt: "Cherchez la kemme!" Der ganze Zwischensall ist jedenfalls ein Beweis dasür, welche unterirdischen Mächte in Erscheinung treten, sobald ernsthaft von einer de ut sch sfranzössich möchen, und darum wird es sich in einer nächsten Zukunft handeln. Denn es gibt keinen andern Weg zum Frieden. Leon Blum wird ihn gehen müssen, genau wie Laval. Alse europäischen "Achsen" sind morsch und hinfällig, solange nicht die Tragbrücke über den Rhein gebaut ist. Bis dahin, das hat der setze Alarm gesehrt, müssen die Brandstifter aufs schärsste überwacht werden!

Paris, 19. Januar 1937.

Alfons Büt.

Wehrpolitische Rundschau

Die schweizerische Armee im Jahre 1937.

Das Jahr 1937 bilbet für unsere Armee das Jahr des überganges. Noch lebt die Armee zur Hauptsache im Rahmen der Truppenordnung von 1925, aber in vielen Punkten zeichnet sich bereits die neue Truppenordnung von 1925, aber in das nächste Jahresende in vollem Umfange eingeführt wird. Den Ansang machen die leichten Truppen, die bereits auf den 1. April dieses Jahres auf Grund der neuen Truppenordnung organisiert werden und ihre diessährigen Wiederholungsturse also bereits in der neuen Organisation absolvieren im Rahmen leichter Brigaden, Ausklärungsabteilungen der Divisionen und Verdindungsdetachemente der Divisionen. Ihnen solgen die drei Funkerkon, so daß wir dieses Jahr schon die vorgesehenen sechs Kompagnien erhalten. Auch bei den Komman ob de se ungen machten sich bereits die neuen Bestimmungen geltend. Vereinzelt haben wir bereits Bataillone, die von Obersteutnants und Regimenter, die von Obersten kommandiert werden.

Bereits in den ersten Januartagen hat schon wieder das gewohnte militärische Leben eingesett. Es gilt wahrlich die Zeit zu nüten, sollen doch im Laufe des Jahres 20 535 junge Männer zu Soldaten ausgebildet und erzogen werden, während 134 000 Mann im Auszug und 14 500 Landwehrsoldaten ihren Wiederholung stung sturs bestehen müssen und gegen 9000 Mann durch die verschiedenen Kaders schule nud Kurse gehen sollen zur Ausbildung und Weiterbildung als Offiziere, Unteroffiziere oder Spezialisten. Die Zahl der wiederholungspslichtigen Mannschaft im Auszug ist wiederum relativ gering, weil auch in diesem Jahr nur die sechs Jahrgänge 1910 und 1912 bis 1916 zum Wiederholungskurs einrücken. Bei der Zahl der Rekruten des Jahrganges 1917 macht sich deutlich der Geburtenaussall während der Kriegsjahre geltend.

Die Wiederholungsfurse werden in der 1. und 3. Division als große Manöverswiederholungskurse durchgeführt, wobei jeweils noch ein Landwehrregiment, eine leichte Brigade und weitere Armeetruppen zugeteilt sind. Die 4. und 5. Division